

KONZERN- VERANTWORTUNG

GIBT ES SCHON!

**Infoblatt für
Parlamentarierinnen
und Parlamentarier
Herbstsession 2025**

GLOBALE LIEFERKETTEN

- Selbst ein Alltagsprodukt wie ein Bleistift entsteht durch komplexe Lieferketten und globale Abhängigkeiten – Unternehmen müssen ihre Lieferketten kennen, aber mit Augenmass.
- Schweizer KMU tragen hohe Berichtskosten durch EU-Vorgaben. Eine risikobasierte, differenzierte Regulierung ist entscheidend.

SCHWEIZ

- Der Bundesrat setzt auf internationale Abstimmung: Nachhaltigkeit soll gefördert werden, aber ohne nationale Sonderregulierung – stattdessen braucht es praktikable Lösungen.

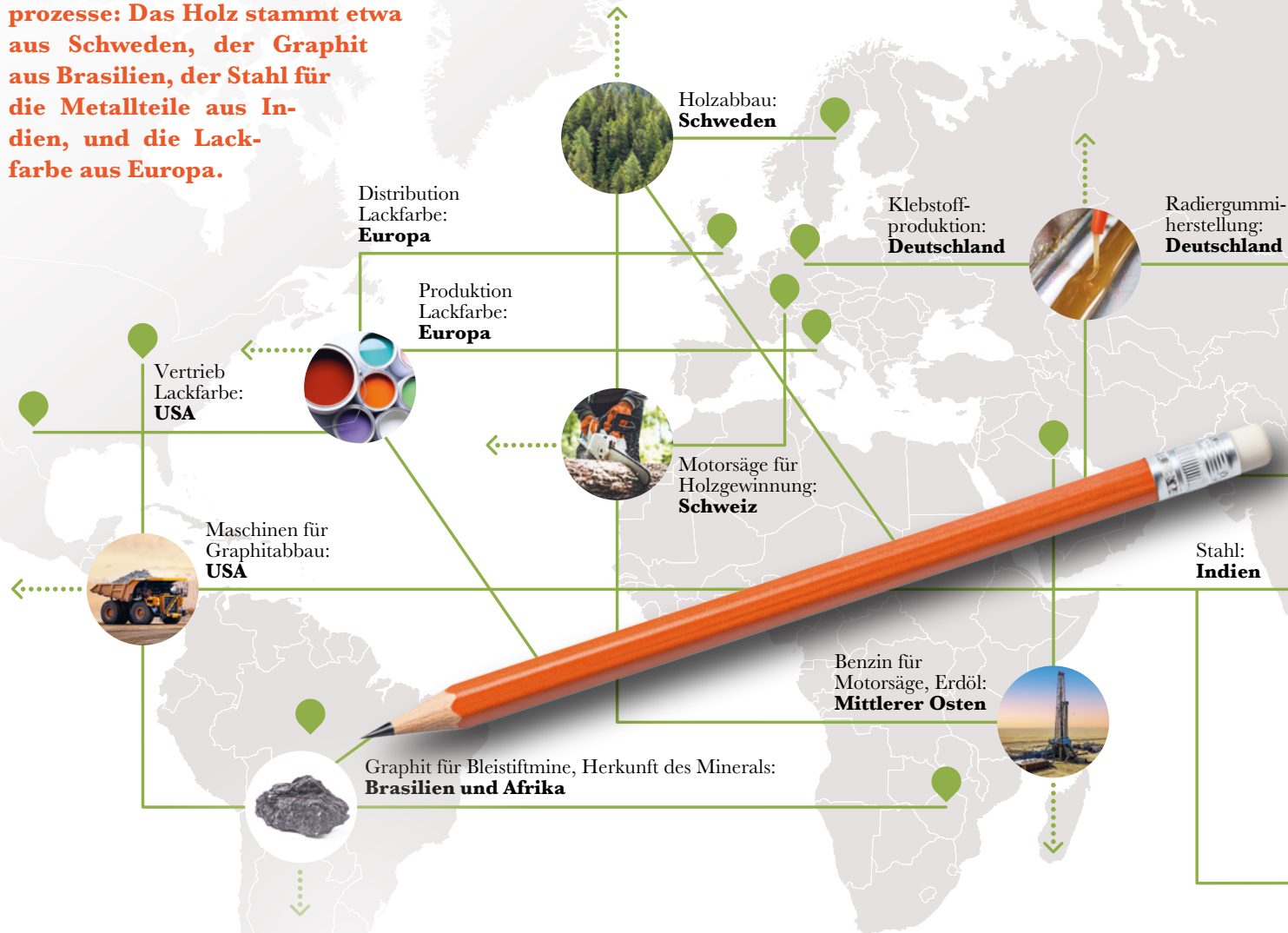
EUROPA

- Mit dem Omnibus-I-Paket vereinfacht die EU ihre Nachhaltigkeitsregulierung deutlich.



Die Komplexität von Wertschöpfungsketten am Beispiel eines handelsüblichen Bleistifts

Die Weltwirtschaft ist eng miteinander vernetzt. Selbst ein einfacher Bleistift steht sinnbildlich für die globale Vernetzung moderner Produktionsprozesse: Das Holz stammt etwa aus Schweden, der Graphit aus Brasilien, der Stahl für die Metallteile aus Indien, und die Lackfarbe aus Europa.



Dieses Beispiel verdeutlicht eindrucksvoll, wie stark selbst einfache Erzeugnisse global vernetzt sind und dass dahinter komplexe, globale Produktionsketten mit zahlreichen Mitwirkenden stehen. Doch mit dieser globalen Arbeitsteilung gehen auch Herausforderungen einher. Unterschiedliche Rechtssysteme, kulturelle Gegebenheiten und geopolitische Risiken beeinflussen sowohl die Beschaffung als auch den Produktionsprozess. Diese Vernetzung ist ein Erfolgsmodell: Sie hat weltweit Wohlstand geschaffen, Innovation ermöglicht und gerade exportorientierten Ländern wie der Schweiz enorme Chancen eröffnet.

Unternehmen müssen ihre Lieferketten kennen – aber mit Augenmass. Nicht jede Schraube lässt sich bis ins letzte Glied rückverfolgen. Es braucht eine risikobasierte Herangehensweise, die sich auf kritische Abhängigkeiten fokussiert.

Vor diesem Hintergrund muss auch Regulierung an der wirtschaftlichen Realität ansetzen und sie sollte einen differenzierten Ansatz fördern. Wunschdenken darf nicht zum Massstab werden – eine praxisferne Detailsteuerung gefährdet funktionierende Wertschöpfung und hemmt Innovation. Nur mit realistischen Erwartungen und klaren Prioritäten lassen sich Lieferketten verantwortungsvoll und zugleich wettbewerbsfähig gestalten.

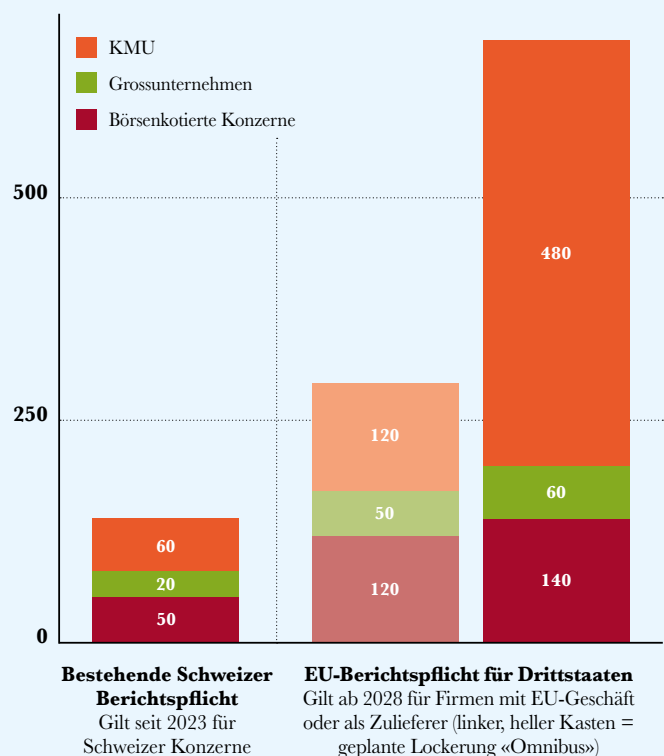


WO DIE KOSTEN DER EU-BERICHTSPFLICHT ANFALLEN

In den vergangenen Jahren hat die Regulierung im Bereich Nachhaltigkeit deutlich an Umfang und Relevanz gewonnen. Besonders prägnant zeigt sich dies in der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung: Sie verpflichtet Unternehmen dazu, umfassend über ihre Leistungen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG) zu informieren. Auch Schweizer Unternehmen sind davon betroffen – nicht nur über Tochtergesellschaften, sondern auch durch ihre Einbindung in internationale Lieferketten. Eine neue Avenir-Suisse-Analyse beleuchtet die Auswirkungen der EU-Regulierung auf die Schweizer Wirtschaft.

Rund 70 Prozent der EU-bedingten Berichtskosten durch die bestehende CSRD-Richtlinie entfallen in der Schweiz auf KMU, meist als Zulieferer. Der Aufwand pro Betrieb dürfte sich mindestens verdoppeln. Gleichzeitig wären fünfmal mehr KMU betroffen als heute. Der angedachte Bürokratieabbau auf EU-Ebene könnte diese Zahl jedoch deutlich senken. Bei Konzernen ist trotz geplanter Entlastung mit steigenden Kosten zu rechnen – vor allem wegen neuer Prüfpflichten.

Kosten für Schweizer Firmen, in Millionen Franken



Keine Sonderregulierung in der Schweiz

Die Schweizer Wirtschaft erlebt schwierige Zeiten: US-Zölle treffen exportorientierte Unternehmen hart, internationale Unsicherheiten und steigende Standortkosten setzen viele Firmen zusätzlich unter Druck. Zahlreiche Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel – ein denkbar schlechter Zeitpunkt für neue Belastungen und nationale Sonderregulierungen.

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat Anfang September 2025 entschieden, der neuen Konzernverantwortungsinitiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Inhaltlich handelt er damit richtig: Nachhaltigkeit soll vorangebracht werden, aber nicht mit Schweizer Sonderregeln, sondern im engen Gleichschritt mit den internationalen Entwicklungen. Doch klar ist auch, dass in der aktuellen wirtschaftlichen Lage neue Regulierungen für die Wirtschaft nicht akzeptabel sind. Denn:

- **Die Schweiz hat bereits hohe Standards:** Unternehmen unterliegen strengen Berichtspflichten zu Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialrisiken; das bestehende Regelwerk ist international anschlussfähig.
- **Die EU dereguliert und gleichzeitig fordert die neue Konzernverantwortungsinitiative unrealistische Sonderregeln:** Sie ignoriert bestehende Standards und fordert international unbekannte Haftungsinstrumente – ein wirtschaftlich und politisch kontraproduktiver Alleingang.
- **Der Bundesrat setzt auf internationale Abstimmung:** Nachhaltigkeit soll gefördert werden, aber ohne nationale Sonderregulierung – stattdessen braucht es praktikable Lösungen.

Lockerungen in Brüssel

Der EU-Rat hat im Juni 2025 seine Position zum sogenannten Omnibus-I-Paket mit weitreichenden Vereinfachungen in der Nachhaltigkeitsregulierung offiziell verabschiedet. Die Richtung ist klar: Die EU baut Regulierung zurück, um Unternehmen zu entlasten. Das setzt ein starkes politisches Signal und zeigt, wie gefährlich nationale Alleingänge wie die neue Konzernverantwortungsinitiative in der Schweiz sind.

